



Fraktion im Rat der Stadt Bocholt

FDP-Geschäftsstelle : An der Alten Aa 1, 46395 Bocholt ; Tel./Fax : (02871) 185951

Guido Pasedag, Fraktionsvorsitzender

Tel. (02871) 22 07 07 ~ Fax - Nr. -/ 22 07 09

Haushaltsrede 2010 Bocholt, den 17.03.10

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren !

Schaut man sich die Einnahmen des Staates an, so sieht man in allen staatlichen Ebenen beachtliche Zahlen, deren Wachstumsraten zuletzt einen Dämpfer erhielten.

So gut wie nirgendwo, auch ein FDP-Antrag in Bocholt blieb leider erfolglos, sind allerdings in den letzten Boomjahren die Belastungen der Bürger gesenkt worden.

Der Staat schmeißt über sich damit einschmeichelnde Politiker weiterhin das Geld mit beiden Händen zum Fenster raus.

Meine Damen und Herren

es kann nicht sein, dass der Staat über mehr finanzielle Spielräume verfügt als seine Bürger.

Es kann nicht sein, dass weniger als die Hälfte der Einnahmen noch beim Bürger verbleiben, weil mehr als die Hälfte staatlich verbraucht werden.

Es kann nicht sein, dass an den Staat zu leistende Abgaben nicht offen ausgewiesen werden dürfen wie die Arbeitgeberanteile an den Sozialabgaben, oder gar Steuern auf Steuern erhoben werden.

Letzteres konnte die FDP für Bocholt vor einiger Zeit gerade noch verhindern, als versucht wurde, die städtischen Gebühren für die Theatersaalnutzung nach Bruttopreisen der Karten zu erheben und damit jede Mehrwertsteuererhöhung gleich auch für besser klingelnde Kassen in Bocholt gesorgt hätte.

Meine Damen und Herren,

wir Bürger geben nicht zu wenig Geld, sondern unser Staat ist zu fett !

Die Gewaltenteilung im Staat, wonach eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst eine

gesetzgebende Tätigkeit - insbesondere natürlich eine solche für den öffentlichen Dienst - ausschließt, wird mit Füßen getreten.

Ungerechtfertigte Privilegien im öffentlichen Dienst machen fassungslos. Legendär die Tauchzulage für Taucher, wenn sie denn wirklich einmal tauchen (vgl. § 7 Erschwerniszulagenverordnung (EZulV)).

Pensionsversprechen in durchschnittlich mindestens 2 ½ - facher Höhe zum Normalbürger wurden gemacht (nach Finanzwissenschaftler Winfried Fuest vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) für die „Welt am Sonntag“ vom 24.01.2010), die unbezahlbar sind und die die Jugend, die Zukunft unseres Landes, unermesslich belasten. Sie wurden der Jugend bislang auch verschwiegen.

Jetzt, im NKF, der neuen kommunalen Rechnungslegung, wird ersichtlich, dass allein für Bocholt Pensionsrückstellungen in Höhe von ca. € 90 Mio. oder 15 % der Bilanzsumme der Stadt zu bilden sind.

Die Sozialausgaben explodieren. Mehr und mehr werden Menschen in unserem Staat vom stolzen Selbstversorger zum Almosenempfänger degradiert. Dass viele zum Beispiel zunächst Steuern zahlen müssen, um sich dann, nach einem bürokratischen Hindernislauf etwa den gleichen Betrag vom gütigen Vater Staat als Wohngeld wieder zurückzuholen zeigt mehr als deutlich, dass hier etwas faul ist.

Die FDP - dass kann ich unter meiner Führung für Bocholt garantieren - wird nie die Hand für einen fetteren Staat erheben, wird nie zulassen, dass - wie jahrzehntelang - Familien und Mittelstand immer weiter belastet werden.

Es ist jetzt höchste Zeit, einzusteigen in die Entlastung der Leistungsträger, der Familien und Unternehmen. Darum reden wir nicht von notwendigen Steuererhöhungen, sondern von notwendigen Steuersenkungen!

Und es gibt schließlich auch gute Nachrichten für Bocholt, zum Beispiel

- 1) wird der Westringtunnel ca. € 400.000,-
- 2) wird die Dingdener Straße fast € 100.000,-
weniger teuer als befürchtet (vgl. Prot. BauA vom 25.01.2010)
- 3) hat Bocholt - allerdings insbesondere Dank einer Einmalzahlung eines Unternehmens von € 5,7 Mio. - in 2009 sogar höhere Gewerbesteuererinnahmen erzielt als im Vorjahr (vgl. BBV vom 13.11.09)
- 4) erhält der ESB eine Erstattung von € 156.000,- aus der Abwasserabgabe von 2003 (vgl. BBV vom 27.11.09)

- 5) wird Bocholt, dies wird die CDU / FDP Koalition wohl morgen auf Kreis-ebene durchsetzen, weniger Kreisumlage zahlen müssen als ursprünglich geplant.

In eine Diskussion über Steuererhöhungen, wie sie in den Haushaltsplanungen immer wieder angedeutet wird, sind wir daher nicht bereit einzutreten, wie gesagt, im Gegenteil !

Meinen Damen, meine Herren,

noch immer scheinen allerdings einige zu meinen, das Geld würde locker sitzen.

So hat die FDP schon zum Haushaltsplan 2009 gefordert, die 2. A-16er Stelle im Stellenplan ersatzlos zu streichen, ein Antrag, dem sich die CDU angeschlossen hat und der somit eine Mehrheit gehabt hätte.

Die Verwaltung antwortete damals, dass diese Stelle nicht gestrichen werden könnte, da sie besetzt sei, wies aber nicht auf die Möglichkeit zur Herabstufung auf die Besoldungsgruppe des Stelleninhabers, nämlich A 14, hin.

Völlig unabhängig von den Leistungen des Stelleninhabers, kritisiert die FDP auf's Schärfste, dass die Organisationshoheit des Bürgermeisters nun dazu geführt hat, dass unter Ausnutzung dessen Bocholt einen nach A 15 bezahlten Demografiebeauftragten finanziert.

Ein anderes Beispiel für unseres Erachtens falsche Organisationsentscheidungen ist die Planung, offensichtlich nach wie vor etwa 82 % der städtischen Bediensteten eine Leistungsprämie zu zahlen. Das ist dann keine Leistungsprämie mehr, sondern eine versteckte Lohnerhöhung !

Für die FDP stellt sich die Frage, ob es sich bei den 18 % Nichtempfängern nicht vielleicht sogar um schon kraft anderer Regularien, etwa als Mini-Jober o.ä., sowieso von Prämienbezug ausgeschlossene Beschäftigte handelt.

Um Beantwortung dieser hiermit ganz offiziell gestellten Anfrage in der nächsten HFA-Sitzung wird gebeten!

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren

bei solchen Vorgängen ist es geradezu zwingend, dass Politik, jedenfalls FDP-Politik und Organisationshoheit des Bürgermeisters sich reiben.

Allerdings soll hier nicht unerwähnt bleiben, dass es auch Anlass zum Lob gibt.

Eine weitere Reibung im Rahmen der Organisationshoheit des Bürgermeisters

ergab sich nämlich bei der geplanten Neubesetzung der Leitung der Stadtbibliothek. Dass Sie unseren Antrag zur lediglich hausinternen Neubesetzung zur mutigen Umstrukturierung des gesamten Fachbereichs 21 (Schule, Bildung, Kultur) aufgegriffen haben und eine neue, bessere Organisationsstruktur geschaffen haben, verdient Anerkennung.

Dass die Verwaltung weiter beabsichtigt im Rahmen der Neuorganisation, wie von uns beantragt, die vakante Leiterstelle mit einem Haushaltsvolumen in Höhe von € 60.000,- ganz einzusparen und gemäß unserem Haushaltsantrag zu Ziffer 2) die zweite A16er-Stelle im Stellenplan deckelt auf die derzeitige Besetzung mit A15 ist zu begrüßen.

Auch ist die FDP einig mit der Verwaltung bei der vorsichtigen Planung von U-3-Plätzen, die die Stadt immerhin mit ca. € 7.500,- pro Platz belasten.

Der gemeinsam mit der CDU beschlossene Einstellungsstopp mag bei der Verwaltung auf wenig Gegenliebe stoßen, er ist jedoch erforderlich, um die seit langem im Personalbereich sonst aus dem Ruder laufenden Kosten zu begrenzen.

Dem von einer Partei beantragten Beförderungsstopp konnten wir, wie auch die weitere Ratsmehrheit nicht zustimmen. Getreu unserem Motto „Leistung muss sich lohnen!“ sollen diejenigen, die Gutes zum Wohle der Bürger und deren Geldbeutel leisten, auch Aussicht auf Karriere haben.

Vielleicht, so sagte es mir nicht ganz zu Unrecht eine **Jung-Liberale**, sollte man aber auch mal darüber nachdenken, ob zu Gunsten neuer Stellen Besitzstände der Altbelegschaften hinterfragt werden können.

A propos **Jung-Liberale**, ich darf hier ausführen, dass es auf wenig Verständnis bei der Jugend stößt, dass offenbar eine breite Ratsmehrheit ohne großes Federlesens weiterhin bereit ist € 70.000,- für Gleichstellungsbelange auszugeben und dafür lieber Kürzungen in der Jugendhilfe hinnimmt.

Die Jungen Liberalen hat es weiter überhaupt nicht gewundert, dass von Seiten der Grünen nach der Kommunalwahl die Forderung nach der Einrichtung eines zusätzlichen Ausschusses laut wurde. Schon immer, so die **Jung-Liberalen**, hat diese Partei versucht, Staatsbürokratie zu schaffen, hat sich im Staatsdienst engagiert und versucht dort ihre Pfründe zu erweitern oder zumindest zu verteidigen.

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

die FDP verlangt den schlanken Staat auf allen staatlichen Ebenen.

Hinsichtlich der Frage unserer Zustimmung oder Ablehnung zur Haushaltsplanung sind wie immer schlicht und ergreifend unsere üblichen Maßstäbe anzulegen.

Zustimmen wird die FDP einem Haushalt, der die Bürger endlich entlastet und gleichzeitig keine Probleme auf zukünftige Generationen verlagert. Eigeninitiative und Eigenverantwortung müssen gefördert werden.

Wir wollen in diesem Jahr aber auch anerkennen, dass

- 1) die FDP einige für sie wichtige Impulse setzen konnte und
- 2) die Verwaltung der Versuchung widerstanden hat, im Haushaltsplan in einem Abwasch über eine Vielzahl eigentlich von ihr ja mittelfristig gewünschter Bürgermehrbelastungen abstimmen zu lassen.

Letzteres gibt uns die Möglichkeit die derzeit in der Tat spannende und schwer vorherzusagende Entwicklung der Finanzen der Stadt noch etwas weiter zu beobachten und daraus, wenn es denn geht, durchaus auch Forderungen nach Belastungssenkungen herzuleiten.

Die FDP wird sich daher trotz fehlender Entlastungen zu diesem Haushaltsentwurf der Stimme enthalten.

Schon jetzt möchte ich in diesem Zusammenhang aber auch auf eine kommende Aktion der Jungen Liberalen hinweisen. Sie wollen zeigen, dass sie sich das letzte Hemd nicht nehmen lassen !

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit

Guido Pasedag
Fraktionsvorsitzender der FDP Bocholt